



Politische Parteien in den Vereinigten Staaten

Richard S. Katz¹

- Da praktisch alle gewählten Amtsträger auf Bundes-, Bundesstaaten- und sogar Kommunalebene entweder Demokraten oder Republikaner sind, ist das amerikanische Parteiensystem eines der am stärksten ausgeprägten Zweiparteiensysteme der Welt. Allerdings sind die beiden Parteiorganisationen hinsichtlich ihrer internen Entscheidungsfähigkeit extrem schwach.
- Die Auswahl der Kandidaten für politische Ämter findet vorwiegend durch Vorwahlen statt. Obwohl die Parteiorganisationen eine gewisse Kontrolle über die Organisation ihrer Vorwahlen ausüben, haben sie letztlich praktisch keinen Einfluss auf die Auswahl der Kandidaten ihrer Partei.
- Verglichen mit dem Verständnis von Parteimitgliedschaft in den meisten Ländern ist insbesondere hervorzuheben, dass amerikanische Parteien keine Mitglieder im engeren Sinn haben. Es gibt eine Reihe demokratischer oder republikanischer "Clubs", die annähernd einer Mitgliedschaft entsprechen. Offiziell sind sie jedoch nicht Teil der Partei.
- Hauptträger der nationalen Parteiorganisation sind die Parteiorganisationen der einzelnen Bundesstaaten, deren Struktur sowohl durch parteiinterne Regelungen als auch durch die Wahlgesetzgebung des jeweiligen Bundesstaates festgelegt ist. Hauptträger der politischen Aktivitäten sind jedoch die Wahlkampforganisationen der einzelnen Kandidaten.
- Insbesondere auf Bundesebene spiegelt die Struktur der amerikanischen Parteien eine Art Gewaltenteilung wider, wobei die Parteifraktionen im Repräsentantenhaus und im Senat und das nationale Parteikomitee zwar eng miteinander kooperieren, letztendlich jedoch drei unabhängige Organisationen sind.

Ein Zweiparteiensystem

Die Parteienlandschaft in den Vereinigten Staaten verkörpert in gewissem Sinne ein Musterbeispiel für ein Zweiparteiensystem. Obgleich auf den Stimmzetteln oft eine Vielzahl kleiner bundesweit organisierter Parteien, wie z.B. die *Green Party*, die *Constitution Party* und die *Libertarian Party*, und darüber hinaus noch eine manchmal verblüffende Anzahl von Lokalparteien und unabhängigen Kandidaten erscheinen, erzielen deren Kandidaten selten mehr als ein paar Prozentpunkte der Wählerstimmen und werden so gut wie nie in Ämter gewählt. Die einzigen Ausnahmen von Bedeutung auf Bundesebene sind entweder Milliardäre wie Ross Perot, die ihre Präsidentschaftswahlkämpfe als Außenseiter und mit eigenen Geldmitteln bestreiten, oder gewählte Kongressabgeordnete, die aus ihrer Partei austreten, ohne der anderen Partei beizutreten. Schließlich gibt es noch jene, die als Kandidaten in den Vorwahlen ihrer Partei scheitern und als parteilose Kandidaten ihre Wiederwahl anstreben (z.B. Senator Joseph Lieberman).²

Das Zweiparteiensystem bildet die Organisationsgrundlage für beide Häuser des Kongresses, wobei die Mehrheitspartei jeweils die Mehrheit der Abgeordneten in den ständigen Ausschüssen stellt und auch den Vorsitz in den Ausschüssen und Unterausschüssen führt. Eine Ausnahme bilden dabei die Ethikausschüsse, deren Mitglieder auf beide Parteien gleich verteilt sind. Daher überrascht es nicht, dass die parteilosen Kongressabgeordneten sich einer der beiden großen Parteien im Kongress anschließen. Eine ähnliche Situation ergibt sich bei der Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten durch Wahlmänner (*electoral college*). Diese Form der Präsidentschaftswahl gewährleistet, dass Kandidaten, die nicht den beiden Parteien angehören, zwar den Wahlausgang als sog. "Spielverderber" beeinflussen können, aber praktisch keine Chance haben, auch nur eine einzige Wahlmännerstimme zu erhalten.³

Obgleich ernstzunehmende Kandidaten extrem starkem Druck ausgesetzt sind sich einer der großen Parteien anzuschließen, verfügen diese Parteien im Sinne eines Parteiapparates nur über sehr wenig unabhängige Machtbefugnis. Die Parteiprogramme auf nationaler Ebene (Manifeste) sind sogar für Präsidentschaftskandidaten nicht verbindlich. 1996 gab Robert Dole, ein republikanischer Präsidentschaftskandidat, öffentlich zu, er habe das Programm seiner Partei nicht gelesen und habe auch nicht die Absicht, dies zu tun. Obwohl die Macht der Kongressfraktionen und ihrer Vorsitzenden, Abgeordnete zu belohnen oder zu bestrafen, mit der Zeit größer geworden ist, ist ihre Machtbefugnis im Vergleich zu Parteivorsitzenden anderer Länder erheblich geringer. Insbesondere hat der Parteiapparat nicht die Macht, eine erneute Kandidatur zuzusichern oder zu verweigern. Am besten betrachtet man amerikanische Parteien als halbwegs permanente Bündnisse von Politikern und ihren Anhängern, die in vielen (aber durchaus nicht allen) Punkten übereinstimmen und die ein Zweckbündnis zur Erreichung ihrer politischen Ziele eingehen. Trotzdem bleiben Politiker unabhängige Akteure, die von der Parteilinie abweichen können, wann immer ihr Gewissen oder die politische Opportunität einen solchen Schritt erfordern. In diesem Zusammenhang ist es weitaus wahrscheinlicher, dass sie wegen ihrer "Unabhängigkeit" gelobt werden, als dass man ihnen Treulosigkeit vorwerfen würde.

Eines der Unterscheidungsmerkmale amerikanischer Parteien ist die Tatsache, dass keine der Parteien einen Parteivorsitzenden im engeren Sinne hat, wie etwa Stéphane Dion, Vorsitzender der Liberal Party in Kanada, und Kurt Beck, Vorsitzender der SPD. Selbst der Präsident, der oft als "nomineller Vorsitzender" betrachtet wird, kann nur in geringem Maße Autorität über die Kongressabgeordneten seiner Partei ausüben. Diese beschränkt sich weitgehend auf die Forderung, dass man ihm öffentlichen Respekt zollt und dass er aufgrund seines Amtes ihre politischen Projekte entweder fördern oder blockieren kann. Daher muss ein

Präsident, der nicht wiedergewählt werden kann und der in der Wählergunst abgesunken ist, einsehen, dass sein nomineller Parteivorsitz nur von geringem politischen Gewicht ist.

Innerparteiliche Bündnisse

In einem Land von der Größe und Heterogenität der Vereinigten Staaten ist es nicht verwunderlich, dass jede der großen Parteien ein Bündnis ungleicher Strömungen darstellt, die nicht immer miteinander in Einklang gebracht werden können. Die weltanschaulichen Unterschiede innerhalb einer Partei sind nicht mehr so ausgeprägt wie in den 1960er Jahren, als die Demokraten versuchten, die Kluft zwischen den entschlossenen Verfechtern der Rassentrennung in den Südstaaten und ihrer liberalen Wählerschaft im Norden zu überbrücken. Dennoch sind diese philosophischen Unterschiede sowie rein geographisch begründete Interessenunterschiede und der Fokus auf die einzelnen Kandidaten in der amerikanischen Politik eine Erklärung dafür, warum die Parteidisziplin im Kongress im Vergleich zu anderen Ländern viel geringer ist – auch wenn sie in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Gleichzeitig muss man jedoch betonen, dass die offensichtlichen Vorteile, die Abgeordnete der Regierungspartei genießen, ein enormer Ansporn sind, die innerparteilichen Differenzen in Kauf zu nehmen.

Auf nationaler Ebene umfasst die republikanische Partei drei Grundströmungen. Die erste ist charakterisiert durch das Bestreben nach geringer Einflussnahme seitens der Regierung (*small government*), freier Marktwirtschaft und individueller Willens- und Handlungsfreiheit (*Libertarians*). Diese Gruppierung ist in der Regel unternehmerfreundlich, da sie jegliche Regulierung der Wirtschaft ablehnt. Sie befürwortet Steuersenkungen, da reduzierte Steuereinnahmen den Handlungsspielraum der Regierung einschränken. Diese Tendenz kennzeichnete die Republikaner in der Vergangenheit als die Partei, die Steuersenkungen mit Redu-

zierungen der Staatsausgaben kombinierte, um einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu erzielen. Allerdings haben die Republikaner in der Regierungszeit von George W. Bush ein enormes Haushaltsdefizit zu verantworten, das hauptsächlich durch Steuersenkungen ohne einhergehende Ausgabenkürzung verursacht wurde.

Die zweite Gruppierung innerhalb der republikanischen Partei setzt sich aus Befürwortern eines sozialen und religiösen Konservatismus zusammen, deren Ablehnung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch und der Ehe zwischen homosexuellen Partnern von zentraler Bedeutung sind. Die dritte Gruppierung tritt für eine Politik ein, die auf internationaler Ebene Alleingänge und Dominanz befürwortet und sich für ein starkes Militär einsetzt. Hier ersetzt der "Krieg gegen den Terrorismus" den Kalten Krieg und wird zum obersten nationalen Anliegen. Zweifellos sind die Wertvorstellungen der "Libertarians" nicht leicht mit umfassender gesetzlicher Regulierung gesellschaftlicher Bereiche zu vereinbaren. Das gleiche trifft für hohe Militärausgaben bei gleichzeitig starken Steuersenkungen zu.

Die Bündnisse innerhalb der demokratischen Partei umfassen zwangsläufig Tendenzen, die im Gegensatz zu denen der Republikaner stehen. Die Demokraten sind eher Befürworter staatlicher Marktregulierung und höherer Ausgaben für Sozialhilfe. Trotzdem muss man sie auf diesen Gebieten "rechts" von den großen europäischen konservativen Parteien einordnen. Sie sind die Partei, die eine liberale Gesellschaft anstrebt. Ihre Außenpolitik ist multilateral orientiert und eher bereit, die Grenzen unverhohlener, militärischer Machtpolitik zu erkennen. Die Demokraten sind jedoch auch die Partei der verschiedenen ethnischen Gruppen – vor allem der Afroamerikaner – deren religiöser Konservatismus parteipolitisch gesehen mit ihrem Engagement für Bürgerrechte und Programme zur Unterstützung der sozial Schwachen in Konflikt steht, was zu innerparteilichen Spannungen führt. Ebenso wichtig ist die Tatsache, dass sich

beide Parteien aus einem Verbund individueller Politiker zusammensetzen, die die Interessen ihrer Wählerschaft im Auge behalten müssen und die außerdem ihre Wahlkampforganisation aufbauen und selbst die Gelder zur Finanzierung ihres Wahlkampfes beschaffen müssen. Wegen der enormen Wahlkampfkosten in Amerika richten Kongressabgeordnete ihr Augenmerk oft mehr auf die Belange ihres Wahlbezirkes – und die Geldspender für ihren Wahlkampf – als auf die Parteiführung. Die Parteiführung ist nicht geneigt, irgendwelche Forderungen zu stellen, die die Wiederwahl eines Abgeordneten gefährden könnten, denn die Parteiführer der Mehrheitspartei genießen im Vergleich zu jenen der Minderheitsparteien erhebliche Vorteile.

Vorwahlen

Zu den wichtigsten Entscheidungen einer Partei zählt die Auswahl ihrer Kandidaten. In den Vereinigten Staaten entzieht sich die Entscheidung jedoch der Parteikontrolle und wird stattdessen von den Wählern in Vorwahlen getroffen. Im Gegensatz zu den so genannten Vorwahlen in einigen anderen Ländern sind die amerikanischen Vorwahlen offizielle Wahlen, deren Austragung von den gleichen öffentlichen Institutionen durchgeführt wird wie die allgemeinen Wahlen. Ihre Organisation unterliegt dem öffentlichen Recht und nicht Parteisatzungen. Die Teilnahme an den Vorwahlen beschränkt sich nicht auf Parteimitglieder, sondern steht jedem Wähler offen, und in einigen Fällen spielt es keine Rolle, für welche Partei sich ein Wähler hat registrieren lassen. Amerikanische Parteien unterscheiden sich von den Parteien anderer Länder vor allem darin, dass sie keine Parteimitglieder im eigentlichen Sinne haben. Die Registrierung eines Wählers für eine bestimmte Partei wird manchmal einer Mitgliedschaft gleichgesetzt, was jedoch nicht zutrifft, da die Registrierung eine Angelegenheit des öffentlichen Rechts und keine Parteiangelegenheit ist. Die Parteien können keinem Wahlberechtigten die Registrierung verweigern und

der Bürger geht durch seine Registrierung keinerlei Verpflichtung gegenüber dieser Partei ein. Generell trifft dies sowohl auf das Recht zu, die Nominierung als Kandidat einer Partei anzustreben, als auch auf das Recht, sich durch Stimmabgabe in den Vorwahlen an der Auswahl eines Kandidaten zu beteiligen. Außerdem existiert die Parteiregistrierung nicht in allen Bundesstaaten. Auch wird die Zugehörigkeit zu einem "Parteiverein" manchmal einer Parteimitgliedschaft gleichgesetzt, aber diese Vereine sind formal nicht Teil der Partei, und ihre Mitglieder haben keine besonderen Rechte hinsichtlich der Durchführung von Parteiangelegenheiten oder bei der Auswahl von Parteifunktionären.

Die überwiegende Mehrheit der Kandidaten sowohl für den Kongress und das Gouverneursamt der Bundesstaaten, als auch für fast alle anderen Ämter auf bundesstaatlicher oder kommunaler Ebene werden durch Vorwahlen in Einzelwahlkreisen ausgewählt, in denen nur der Kandidat mit den meisten Stimmen gewählt wird. Obwohl die erneute Nominierung eines Amtsinhabers auch ohne Gegenkandidaten erfolgen kann, müssen sich viele einem Herausforderer stellen, und eine beachtliche Anzahl der Amtsinhaber (zumindest in Anbetracht einer Wiederwahlquote von über 90%) werden in den Vorwahlen geschlagen. Die Aussicht, sich in den Vorwahlen einem Herausforderer stellen zu müssen, ist einer der Gründe, warum es so schwierig ist, die Parteidisziplin im Kongress zu bewahren. Das Vorwahlprinzip erklärt auch, warum Abgeordnete mit anscheinend "sicheren" Mandaten so viel Zeit mit dem Sammeln von Wahlkampfspenden verbringen. In den meisten Fällen ist eine Niederlage in den Vorwahlen eine Niederlage *tout court*, aber in einigen Bundesstaaten ist es möglich, dass der/die unterlegene Kandidat/in als parteiunabhängiger Herausforderer bei den allgemeinen Wahlen antreten kann, wie z.B. Senator Joseph Lieberman, der 2006 sein Mandat erfolgreich verteidigte, nachdem er die Vorwahlen der Demokraten in Connecticut verloren hatte.

Präsidentschaftskandidaten werden ebenfalls praktisch durch Vorwahlen (oder Wahlversammlungen) ausgewählt. Verfahrenstechnisch läuft das in diesem Fall jedoch so, dass nicht die Kandidaten unmittelbar gewählt werden, sondern dass die Abstimmung über Parteitagsdeligierte erfolgt, die ihre Stimme einem bestimmten Kandidaten zugesichert haben.⁴ Die zeitliche Abfolge der Vorwahlen für die Präsidentschaft, die im Allgemeinen nicht gleichzeitig mit den Vorwahlen für bundesstaatliche und kommunale Ämter abgehalten werden, wird von Bundesstaat zu Bundesstaat festgelegt. Bisher war der zeitliche Abstand zwischen den ersten Vorwahlen (Iowa und New Hampshire) und denen in bevölkerungsreichen und größeren Staaten immer genügend groß, damit relativ unbekannt Kandidaten ihre Wahlkampfmittel auf diese ersten Wahlkämpfe konzentrieren konnten, um dann durch ihren dortigen Erfolg (oft kein wirklicher Sieg, sondern ein Übertreffen der Erwartungen) zusätzliche Wahlkampfgelder und Unterstützung für die nächste Vorwahlrunde zu erzielen. Durch diesen graduierlichen Prozess des Aussiebens stand zum Zeitpunkt des Parteitages der Kandidat mit der sicheren Mehrheit bereits fest, so dass der Parteitag praktisch zu einer „Krönungszeremonie“ wurde.⁵

Im Jahr 2008 werden jedoch am „Tsunami-Dienstag“ (5. Februar) in 22 Staaten, u.a. in New York und Kalifornien, Vorwahlen abgehalten. Diese finden nur drei Wochen nach der Vorwahl in Iowa und sogar nur zwei Wochen nach New Hampshire statt.⁶ Dieser kurze Zeitraum reicht wahrscheinlich nicht aus, damit der in den frühen Vorwahlen gewonnene Boden Früchte tragen kann. Dies gilt sowohl für die Außenseiter als auch die frühen Spitzenkandidaten. Für alle Kandidaten ist es deshalb wichtig, in diesen Staaten schon früh mit der Organisation ihres Wahlkampfes und insbesondere der Spendensammlung zu beginnen, um einerseits die Kosten für die gleichzeitigen Wahlkampagnen in mehreren Staaten zu decken, und andererseits Journalisten von ihrer Att-

raktivität für die Medien zu überzeugen. Eine weitere Konsequenz könnte sein, dass die Parteitage im Jahr 2008 auf mehr als eine bloße Krönung hinauslaufen.⁷ Falls bis Januar kein eindeutiger Spitzenkandidat erkennbar ist, ist es zumindest denkbar, dass durch die vorgezogenen Vorwahlen ein Mitläufereffekt vermieden wird, bevor sich eine gewisse Anzahl von Delegierten auf den gleichen Kandidaten festlegt, sondern ihre Stimmen sich auf mehrere Kandidaten verteilen, so dass eine Stimmenmehrheit basierend auf fest zugesicherten Delegierten im ersten Wahldurchgang nicht mehr möglich ist. Tritt dieser Fall ein, wird die Nominierung durch die Delegierten, die ihre Stimme noch nicht zugesichert haben (im allgemeinen Parteifunktionäre oder gewählte Amtsinhaber, die als Delegierte ex officii fungieren) entschieden, oder die Kandidaten handeln unter sich aus, wer von ihnen nominiert wird.

Nationale Komitees und nationale Parteitage

Was die formale Organisation der großen Parteien anbelangt, bilden deren nationale Komitees die Führungsspitzen. Hauptfunktion der nationalen Komitees ist die Einwerbung von Spendengeldern, aber sie übernehmen auch in begrenztem Maße Öffentlichkeitsarbeit und sorgen außerdem dafür, dass ihre Partei in den Bundesstaaten und in den Kommunen professionelle organisatorische Hilfe erhält. Die jeweiligen nationalen Parteizentralen übernehmen auch eine Vermittlerrolle zwischen den Kandidaten und dem Teil der unabhängigen Wahlkampforganisationen (Meinungsforscher, Medienberater usw.), die der betreffenden Partei nahe stehen.

Das nationale Komitee einer Partei wählt seinen nationalen Vorsitzenden. Allerdings wird der nationale Vorsitzende der Partei des Präsidenten praktisch vom Präsidenten ernannt (zumindest bis der nächste Präsidentschaftskandidat feststeht). Der Vorsitzende der Partei des Präsidenten hat vor allem organisatorische Aufgaben zu erfüllen

und hat wenig direkten politischen Einfluss. Der nationale Vorsitz der Oppositionspartei ist von größerer Bedeutung. Dies betrifft sowohl die Organisationsstrategie der Partei, als auch die Erarbeitung des Parteiprogramms. Er hat daher auch Einfluss auf die Inhalte der öffentlichen Diskussion. Daraus folgt, dass nach einer Niederlage des Präsidentschaftskandidaten einer Partei ernsthafte Auseinandersetzungen bei der Wahl des neuen Vorsitzenden zu erwarten sind. Die Wahl spiegelt sowohl den Einfluss der verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei wider als auch den Versuch, deren Gewicht zu verlagern. Mike Duncan (Republikaner) und Howard Dean (Demokrat) sind derzeit die nationalen Vorsitzenden.

In der parteiorganisatorischen Hierarchie stehen die alle vier Jahre stattfindenden Parteitage über den nationalen Komitees. Dem Anschein nach werden sie einberufen, um den Präsidentschaftskandidaten zu nominieren, aber tatsächlich wird auf dem Parteitag lediglich das Ergebnis von schon an anderer Stelle getroffenen Entscheidungen offiziell zur Kenntnis genommen. Sie sind deshalb kaum mehr als "telegene" Wahlkampfereignisse, so dass die drei großen amerikanischen Fernsehsender sie nicht einmal mehr mit ausführlichen Direktübertragungen würdigen. Wie schon oben erwähnt, resultiert der Bedeutungsschwund der Parteitage als tatsächlicher Entscheidungsorgane aus der Tatsache, dass bei den Vorwahlen in zunehmendem Maße Delegierte nominiert werden, die sich schon von vornherein auf einen bestimmten Kandidaten festgelegt haben.

Parteien im Kongress

Außer ihrem nationalen Parteikomitee haben die Parteien voneinander unabhängige Führungsstrukturen im Senat und im Repräsentantenhaus. Die jeweiligen Vorsitzenden werden von ihrer Partei"fraktion" ohne formale Einflussnahme durch die nationalen Komitees (oder, im Falle der Regierungspartei, des Weißen Hauses) gewählt. Allerdings können, wie überall in der Politik, informelle

Unterstützung und politische Verbindungen von signifikanter Bedeutung sein. Im Repräsentantenhaus wird der/die Führer/in der Mehrheitspartei zum Sprecher gewählt. Nancy Pelosi aus Kalifornien ist derzeit die Sprecherin. Dem Sprecher untergeordnet sind der *Majority Leader* (zur Zeit Steny Hoyer aus Maryland, dessen Wahl von der Sprecherin Pelosi bemerkenswerterweise nicht unterstützt wurde), der *Majority Whip* und der Vorsitzende der Demokratischen Fraktion. Führer der Republikanischen Partei sind der *Minority Leader* (John Boehner) gemeinsam mit dem *Minority Whip* und den Vorsitzenden der *Republican Conference* und des *Republican Policy Committee* im Repräsentantenhaus. Führungspositionen im Senat sind die Führer der Mehrheitspartei (Demokraten) und der Minderheitspartei (Republikaner) (Harry Reid aus Nevada bzw. Mitch McConnell), sowie die jeweils stellvertretenden Parteiführer der Mehrheits- und Minderheitspartei (*Whips*). Der Parteiführer der Demokraten im Senat ist auch Vorsitzender der *Democratic Conference*⁸, während bei den Republikanern das Amt des *Conference Chairman* eine separate Führungsposition ist. Beide Parteien (Fraktionen) wählen die Vorsitzenden ihrer *Policy Committees*.

Im Gegensatz zu den parlamentarischen Parteien in den meisten anderen Ländern sind die Partei"fraktionen" des Kongresses nicht den nationalen Komitees unterstellt. Überdies unterhalten sie ihre eigenen unabhängigen Organisationen zwecks Spendensammlung und Wahlkampfberatung: die Wahlkampfausschüsse des Kongresses. Zu den Tätigkeitsbereichen dieser Ausschüsse gehören die Rekrutierung von Kandidaten (was nicht mit der Kandidatenauswahl bei den Vorwahlen verwechselt werden darf), die Einwerbung und Verteilung von Spendengeldern für Wahlkämpfe, die Unterstützung der Kandidaten bei ihren eigenen Spendensammlungen und das Zuspitzen kontroverser politischer Themen sowie die Fokussierung der medialen Aufmerksamkeit auf die Schwächen der Opposition. Die

Wahlkampfausschüsse streben im Allgemeinen eine ausgewogene Verteilung ihrer Finanzmittel an, indem sie sowohl die Wahlkämpfe aller amtierenden Abgeordneten (die ihre Basis bilden) unterstützen, als auch jene, bei denen der Wahlerfolg des eigenen Kandidaten unsicher ist. Sie versuchen, auf diese Weise die Mehrheit im Kongress zu erhalten oder zu erlangen. Als Kriterium für die finanzielle Unterstützung eines Kandidaten verlangen sie lediglich ein Minimum an Parteiloyalität. Tatsächlich ist sogar ein Fall bekannt geworden, bei dem der Republikanische Wahlkampfausschuss des Senats die Wahlwerbung eines Republikanischen Senators finanzierte, der Illoyalität zu seiner Partei als Thema benutzte, um seine Chance auf Wiederwahl in einem normalerweise Demokratisch wählenden Staat zu verbessern.

Zwar hat insbesondere der Sprecher des Repräsentantenhauses eine Reihe formaler Machtbefugnisse zur Belohnung oder Bestrafung von Abgeordneten, er kann aber keine Befehle erteilen. Die Mehrheitspartei verliert nur selten eine wichtige Abstimmung, aber das liegt vor allem daran, dass der Sprecher des Repräsentantenhauses wichtige Abstimmungen, für die eine Mehrheit nicht gesichert ist, erst gar nicht dem Plenum zur Abstimmung vorlegt. Die Befugnisse anderer Führungspositionen im Kongress sind sogar noch bescheidener. Das gilt insbesondere für den Senat, dessen Geschäftsordnung für die Beendigung einer Debatte praktisch eine Mehrheit von 60 Stimmen und nicht die einfache Mehrheit von 51 Stimmen festlegt. Die Macht der Fraktionsführer erstreckt sich nicht auf das Erzwingen von Parteidisziplin, sondern basiert eher auf ihrer parteistrategisch günstigen Verhandlungsposition, die es ihnen ermöglicht, Kompromisse auszuhandeln. Letzten Endes können die Parteiführer nur dann führen, wenn ihre Gefolgschaft bereit ist zu folgen. Das bedeutet, dass die scheinbare Stärke der Parteiführung oft mehr von dem Grad innerparteilicher Übereinstimmung abhängt als von ihrer Befugnis, Parteidisziplin zu erzwingen. "Den Familienfrieden be-

wahren", wie es die Politikwissenschaftlerin Barbara Sinclair ausdrückt, zählt zu den wichtigsten Aufgaben eines Fraktionsführers im Kongress.

Das Parteiparadox

Obwohl die amerikanischen Parteien als Organisationen Schwächen aufweisen, spielt es eine große Rolle sowohl für den politischen Prozess, als auch für die politischen Inhalte, welche der beiden Parteien die Mehrheit im Kongress besitzt (oder ob sie sich die Kontrolle des Kongresses teilen müssen). Ausschlaggebend ist, ob die Mehrheitspartei auch die Partei des amtierenden Präsidenten ist. Der Partei mit der Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses fallen neben den Vorsitzen sämtlicher Ausschüsse auch das Amt des Sprechers des Repräsentantenhauses zu, der laut Geschäftsordnung befugt ist, die Abstimmung über eingebrachte Gesetzesvorlagen zu blockieren; allerdings kann er die Verabschiedung eines Gesetzes nicht unbedingt beeinflussen. Falls die Partei des Präsidenten die Mehrheit im Senat stellt, müssen sich die vom Präsidenten ernannten Amtsträger einer weit weniger rigorosen Überprüfung im Bestätigungsverfahren im Senat unterziehen. Ausschüsse, deren Vorsitzende der Präsidentenpartei angehören, sind weit weniger geneigt, potenziell peinliche Untersuchungen bei der Wahrnehmung ihrer Aufsichtsfunktion durchzuführen. Generell gilt, dass Angehörige der Präsidentenpartei davon ausgehen, dass sie den Präsidenten unterstützen sollten, während Angehörige der Oppositionspartei meinen, Vorschläge des Präsidenten mit Skepsis be- gegnen zu müssen.

Für Wähler ist das Parteeietikett ein wichtiger Bezugsrahmen. Daher sind alle Politiker bemüht, dass das Etikett ihrer Partei auf positive Resonanz bei der Wählerschaft stößt. Zugleich gehen sowohl der Präsident als auch die Kongressabgeordneten davon aus, dass sie mehr als Einzelpersonen denn als Angehörige einer Partei Verantwortung tragen. Der Spruch: "Ich wähle den Mann

(oder die Frau) und nicht die Partei.“ hat ebenfalls einen positiven Nachhall. Parteiführer besitzen nur in begrenztem Maße die Möglichkeit, zu belohnen oder Parteidisziplin zu erzwingen. Schlussfolgernd kann man sagen, dass in der amerikanischen Politik der Parteizugehörigkeit große Bedeutung beigemessen wird, die Parteien selbst hingegen wesentlich weniger Bedeutung haben.

Washington, DC – 26. November 2007

Übersetzung: Niels T. Clegg

Die hier dargestellte Position des Autors spiegelt nicht zwangsläufig die Position der FES oder der Organisation wider, für die der Autor arbeitet.

¹ Richard S. Katz ist Professor für Politikwissenschaft an der Johns Hopkins University in Baltimore, MD. Eine ausführlichere Version dieses Artikels findet man bei Richard S. Katz: *Political Institutions in the United States* (Oxford: Oxford University Press, 2007).

² Senator Bernie Sanders aus Vermont ist eine noch ungewöhnlichere Ausnahme. Sanders, der von 1991 bis zu seiner Senatswahl im Jahr 2006 Abgeordneter des Repräsentantenhauses war, führte seine Wahlkämpfe ausdrücklich als parteiloser Kandidat. Als Mitglied des Senats und des Repräsentantenhauses hat Sanders allerdings immer so abgestimmt als sei er demokratischer Abgeordneter.

³ Der Hauptgrund dafür ist die "Winner-takes-all"-Regelung, die in fast allen Bundesstaaten gilt. Der Kandidat, der die Mehrheit der Stimmen erhält, bekommt alle Wahlmännerstimmen (Electoral College).

⁴ Richtlinien der Demokratischen Partei legen fest, dass Delegierte proportional zum Ergebnis der Vorwahlen (oder Wahlversammlung) zugeteilt werden; der Schwellenwert beträgt 15 Prozent. Die Republikaner erlauben den Bundesstaaten eine "Winner-takes-all"-Strategie bei den Vorwahlen.

⁵ 1952 war das letzte Mal, dass ein Präsidentschaftskandidat nicht schon im ersten Wahlgang des Parteitags gewählt wurde.

⁶ Viele Staaten wollen ihre Vorwahlen frühzeitig abhalten – Kalifornien z.B. hat vor kurzem die Vorwahlen von Juni auf den ersten Dienstag im Februar verlegt – da es der Meinung ist, dass Staaten, die ihre Vorwahlen früh abhalten, einen übermäßig großen Einfluss ausüben.

⁷ Der Parteitag der Demokraten wird vom 25. bis 28. August 2008 in Denver (Colorado) und der der Republikaner vom 1. bis 4. September 2008 in Minneapolis (Minnesota) stattfinden.

⁸ Die *Senate Democratic Conference* ist der Organisationsträger für alle demokratischen Senatoren und deren Mitarbeiterstab. Ihr Geschäftsführer nimmt den dritthöchsten Rang in der Parteiführung ein.